



## Offener Brief an SVP-Obmann Richard Theiner

Herr Obmann der Südtiroler Volkspartei,

es ist Zeit, Sie und die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land an Ihr persönliches Verhalten, das Ihrer Partei und Ihrer Abgeordneten im Südtiroler Landtag zu erinnern, nämlich an Ihren seit vielen Jahren beschämenden Umgang mit dem so hohen Gut der Demokratie, mit der Mitbestimmung, zum Schaden der Demokratie.

Damit auch deutlich ist, worum es geht: Der oberste Wert in einer Demokratie ist nicht, wie Sie vielleicht meinen mögen, das Recht vertreten zu werden, sondern die Beteiligung aller Betroffenen an den Entscheidungen, die für alle gelten.

Dieses Recht verhindert die SVP als machthabende Partei in Südtirol ganz bewusst seit sie damit von den Bürgerinnen und Bürger konfrontiert wird: seit über 18 Jahren. Bis zum Jahr **2001** mag man die Ausrede gehabt haben, dass dafür die Zuständigkeit nicht beim Land gelegen hat. Seit aber diese Zuständigkeit mit der Reform des Autonomiestatutes an das Land Südtirol übergegangen ist, liegt es allein an Ihrer Partei, das Recht auf Mitbestimmung anwendbar zu machen. Auf Druck eines **2003** im Landtag eingereichten Volksbegehrens, das deren faire Regelung verlangte, hat Ihre Partei einen Gesetzentwurf vorgelegt und ihn **2005**, in voller Überzeugung von seiner Qualität, verabschiedet. Nach der Volksabstimmung 2009 haben Sie und Ihre Partei dieses Gesetz verleugnet und so getan, als gäbe es dieses gar nicht. Der Grund dafür war wohl der Zorn der Bürgerinnen und Bürger über das Beteiligungsquorum, das von Ihrer Landtagsfraktion als Verhinderungsmechanismus in das Gesetz eingebaut worden war.

Uns war von Anfang an klar, dass dieses heute noch gültige Gesetz unbrauchbar ist. Deshalb haben sehr viele Organisationen und viele Tausend Bürgerinnen und Bürger mit aller Anstrengung versucht es zumindest dafür zu verwenden, ihre Vorstellung von einem guten Mitbestimmungsrecht allen Bürgerinnen und Bürger in einer **ersten landesweiten Volksabstimmung** zur Entscheidung vorzulegen. 148.815 Bürger und Bürgerinnen gingen zur Abstimmung und stimmten mit überwältigender Mehrheit (83,2%) für dieses bessere Gesetz.

Die rechtlich und moralisch korrekte Haltung der politischen Vertretung den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber hätte sein müssen: Geht abstimmen und sagt Eure Meinung dazu! Was die Landesregierung und Ihre Partei hingegen aufgeführt hat, wissen Sie. Der Grund dafür, dass das 40%-Quorum wegen 7.000 fehlender Stimmen nicht erreicht worden ist, ist Ihnen bekannt: Die Warnung vor einem „unregierbaren und im Chaos versinkenden Land“ und die von der Landesregierung gezielt geschürte Angst in der italienischsprachigen Bevölkerung vor einer „Benachteiligung als Minderheit“ bei Abstimmungen. Nach unserer Auslegung des Gesetzes Nr. 28/2000 (par-condicio), Art. 9, die mittlerweile von der obersten Aufsichtsbehörde für Kommunikation bestätigt worden ist, hat die Landesregierung damit auf widerrechtliche Weise den Ausgang der Volksabstimmung beeinflusst. In 83 Gemeinden ist das Quorum erreicht worden, gefehlt haben die Stimmen vor allem in den Gemeinden mit hohem Anteil italienischsprachiger Wähler.

Sie waren sich des beschämenden Verhaltens der Landesregierung und des groben Fehlers Ihrer Partei wohl bewusst. Dennoch haben Sie nicht getan, was Sie daraufhin laut verkündet haben, nämlich dass Sie sich mit uns zusammensetzen wollten, um eine für beide Seiten akzeptable neue Regelung der Direkten Demokratie auszuarbeiten. Gezählt hat für Sie nicht der Wille der Bürgerinnen und Bürger, der sich in der Volksabstimmung klar ausgesprochen hat, sondern das Image der SVP und die weitere Deckung der Interessen, die Ihre Partei gegen wirksame Mitbestimmungsrechte vertritt.

Vorgelegt wurde von der SVP im Landtag dann **2011** - eineinhalb Jahre später - ein Gesetzentwurf, der nichts von dem an sich hatte, was fast ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger in der Volksabstimmung 2009 gewollt hatten. Es war ein parteiinterner Kompromiss, der darauf hinauslief, Mitbestimmungsmöglichkeit nur vorzutauschen. Nicht Kontrolle der Entscheidungen der politischen Vertretung und nicht gleichberechtigtes Initiativrecht für die Bürgerinnen und Bürger, sondern Bedienung der politisch Herrschenden mit Vorschlägen und Ideen wäre sein Zweck

gewesen. Direkte Demokratie im Dienst der politischen Macht anstatt Teilung der Macht mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Zum vierten Mal mussten im **Frühjahr 2011** angesichts dieser Missachtung des Wählerwillens die über vierzig Organisationen und Tausende Bürgerinnen und Bürger Ihnen und Ihrer Partei zeit- und kostenaufwändig mit einem Volksbegehren in Erinnerung rufen, was wirksam gestaltete Mitbestimmungsinstrumente sind. Sie hatten wieder die Chance, im Landtag eine Korrektur der Zielrichtung vorzunehmen. Vorsorglich hatten Sie noch vor der Volksabstimmung mit einer Änderung des Gesetzes von 2005 der Richterkommission die verfassungsrechtlich fragwürdigen Mittel in die Hand gegeben, zukünftige Volksabstimmungen über Grundgesetze für verfassungswidrig zu erklären. Diese Frage war aber vom Verfassungsgericht nie entschieden worden und kann auf diese Weise auch nicht entschieden werden.

Die Behandlung in der Gesetzgebungskommission im **Herbst 2011** war keine. Sie hat uns nur die Unfähigkeit und den Unernst der SVP-Vertreter im Umgang mit Sachfragen vor Augen geführt. Es ging nicht um eine gute Lösung, sondern einzig um die Durchsetzung des im Vorfeld ausgehandelten parteiinternen Kompromisses, d.h. einer wirkungslosen Regelung.

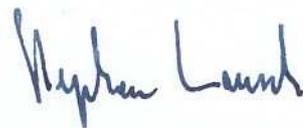
Wie wenig Ihre Partei davon überzeugt war, damit dem Willen der Bürgerinnen und Bürger zu entsprechen, wurde deutlich an ihrer Ablehnung der von uns angebotenen Volksbefragung über beide Gesetzentwürfe – jenem der Promotoren von 2009 und dem der SVP. Anstatt dessen verkündeten Sie **Anfang Jänner 2012** ein merkwürdiges direktdemokratisches Vorhaben - nämlich das Volk über die von Ihrer Partei verabschiedeten Gesetzesvorschläge (Direkte Demokratie und Wahlgesetz) in einem bestätigenden Referendum entscheiden zu lassen. Einmal mehr wurde damit ein verqueres Verständnis von Direkter Demokratie deutlich, historisch gesehen genau jenes, das autoritäre Regierungen mit ihr verfolgen: die Sanktionierung ihrer Macht. Immerhin, die Südtiroler Wähler hätten zumindest erstmalig die Erfahrung machen können, über das Inkrafttreten eines vom Landtag beschlossenen Gesetzes entscheiden zu dürfen. Dann aber hat Ihre Partei erleben müssen, wie allein sie mit ihrem Gesetzentwurf dasteht, in der Gesellschaft und im Landtag. Und es begannen die Vertagungen mit der Begründung, dass es weiterer Klärung (!! ) bedürfe. Gleichzeitig wuchs die Einsicht, dass das Referendum eine Niederlage würde, und das vor den Landtagswahlen - der größte anzunehmende Unfall, der nicht geschehen durfte. Was blieb also, als die Behandlung Ihres Gesetzentwurfes so weit hinauszuzögern, bis das Referendum in dieser Legislatur nicht mehr möglich ist. Den Bürgerinnen und Bürgern ließen Sie über die Medien fürsorglich ausrichten, dass Sie ihnen eine Abstimmung so kurz vor den Wahlen nicht zumuten wollen. Das wärs dann gewesen.

Nein, Herr Parteiboss Theiner: Die Wahrheit ist, dass Sie und die Machthaber in Ihrer Partei die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger nicht wollen. Der Wunsch von sehr vielen Menschen – auch in der SVP, wie sich in der Volksabstimmung 2009 gezeigt hat - nach realer Partizipation und wirksamer Mitbestimmung bei der Bewältigung der Probleme und bei der Suche nach den besten Lösungen für dieses Land, wird missachtet. Sie hatten über viele Jahre die Möglichkeit, mit einer fairen Regelung der Direkten Demokratie die Macht mit den Bürgerinnen und Bürgern zu teilen. Das wäre eigentlich Direkte Demokratie!

Nun stehen die Landtagswahlen vor der Tür. Die Versuchung, auf das Vergessen der Menschen zu setzen, ist wohl größer denn je. Wir vergessen nicht! Wir Promotoren werden weiterhin das in unserer Macht Stehende unternehmen, um den Demokratisierungsprozess in Südtirol voranzutreiben. Das sind wir uns, unserer Heimat und den zukünftigen Generationen schuldig.



Erwin Demichiel  
für den Vorstand der Initiative für mehr Demokratie



Stephan Lausch  
Koordinator

p.s.: Und unabhängig von allem Gesagten, es bleibt dabei:  
Wir sind für ernst gemeinte Gespräche zu diesem Thema jederzeit offen.